

Nürnberger Aktionsbündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



Erklärung zur aktuellen Sozial- Wirtschafts- und Finanzpolitik

Es geht ohne Sozialabbau und ohne Agenda 2010.

1. Wir haben die Möglichkeit einer anderen Politik.

Wir sind in Westeuropa in einer Situation wirtschaftlicher Überkapazitäten angekommen, die gekennzeichnet ist von einer jährlichen Produktivitätssteigerung von 2-3%. Dies sind bei gleichbleibender Anzahl der Erwerbstätigen und bei gleichbleibender Arbeitszeit in 10 Jahren ca. 25% mehr Güter und Dienstleistungen. Bei einer zusätzlichen Beschäftigung von zur Zeit ca. 7 Mio. Menschen, die erwerbstätig arbeiten würden, wenn sie eine bezahlte Arbeit finden, könnte diese Güter- und Dienstleistungsmenge nochmals um 20% steigen.

Dies ist ein gewaltiges Wohlstandspotential an Gütern und Dienstleistungen für alle.

2. Unsere Kritik an der gegenwärtigen Politik:

Wegen der in die Finanzmärkte abgeflossenen Produktivitätsgewinne steht dieser größtmöglichen Güter- und Dienstleistungsmenge eine mangelnde Nachfrage gegenüber, sodass diese Güter- und Dienstleistungsmenge nicht absetzbar ist und daher nicht realisiert wird.

Mangels nachfragender Käufer / Konsumenten / Investoren, bei immer noch vorhandenen unbefriedigten Bedürfnissen, steigt die Arbeitslosigkeit.

Der Staat reagiert darauf mit Sozialabbau und die Unternehmer fordern Lohnkürzungen, Steuersenkungen und Sozialabgabenerlastung verbunden mit Leistungskürzungen. Dies wird mit mehr Eigenverantwortung für den Einzelnen begründet. Damit wird die Kaufkraft vor allem von geringverdienenden Bevölkerungsgruppen weiter geschmälert und ein weiterer Rückgang der Nachfrage ist vorprogrammiert.

Die öffentlichen Hände (Bund, Länder, Kommunen und Kirchen) reagieren mit Sparen und Personalabbau. Gleichzeitig wurden bereits für Unternehmen die Steuern gesenkt. Die Folge davon sind geringere Steuereinnahmen, weiteres Zurückschrauben der staatlichen Ausgaben und damit auch der Aufträge an die Wirtschaft, was weiteren Arbeitsplatzabbau, steigende Arbeitslosigkeit, Verstärkung der Zukunftsunsicherheit und damit Nachfragerückgang zur Folge hat.

Fazit: Das aktuelle Kaputtsparen schafft keine Arbeitsplätze, sondern vernichtet Arbeitsplätze.

Diese Gesellschaft hat noch genügend Bedarf an gemeinwohlorientierter und zukunftssichernder Arbeit (Personal und Investitionen) im öffentlichen Bereich bei Bildung, Kultur, sozialer Daseinsvorsorge und Umweltschutz. (Siehe dazu unser „Manifest für ein soziales Nürnberg“ vom Sommer 2002)

Zur Finanzierung dieser gemeinwohlorientierten Aufgaben und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen fehlt es aber allen Anschein nach an sozialer Solidarität. Die Zukunft unserer Gesellschaft und des Gemeinwohls ist aber nur in Solidarität vor allem der Starken mit den Schwächeren und in Gerechtigkeit organisierbar.

Das Senken von Steuern und Abgaben für die Unternehmen schafft keine Arbeitsplätze, weil in einer Wettbewerbswirtschaft nur dann Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn entsprechende Aufträge mit Gewinnaussicht vorliegen und keine überflüssige Arbeitskraft angestellt wird, nur weil die Arbeitskraft billiger geworden ist.

Der Trugschluss, dass Arbeitgeber dann Arbeitsplätze schaffen, wenn die Arbeitskraft billiger wird, bzw. Arbeit bei uns zu teuer ist und die Deutsche Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist, zeigt sich vor allem daran, dass der Export deutscher Waren und Dienstleistungen, der im internationalen Wettbewerb steht, weiterhin expandiert, während die Binnennachfrage stagniert. Im Binnenmarkt unterliegen die miteinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen aber den gleichen Wettbewerbsbedingungen bei Steuern und Sozialabgaben. Es fehlt an Nachfrage, es fehlen Aufträge.

3. Menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit müssen die Grundlagen unserer Zukunft sein.

Um vor allem im Binnenmarkt ein mögliches Wirtschaftswachstum von 4-5% jährlich zu realisieren (das sind in 10 Jahren 40-50% mehr an Wohlstand) bedarf es zusätzlicher Nachfrage nach Arbeitskräften, Gütern und Dienstleistungen.

Bedarf und zu finanzierende Nachfrage besteht vor allem bei:

1. Den öffentlichen Arbeitgebern (Bund, Länder, Kommunen, Kirchen, und die Träger der freien Wohlfahrtspflege). Dort besteht gemeinwohlorientierter Bedarf an neuen Mitarbeitern und Investitionen vor allem im Bildungs-, Qualifizierungs-, Gesundheits- Betreuung-, Sozial-, Kultur- und Umweltschutzbereich.
2. Bevölkerungsgruppen, die nicht erwerbstätig sind, wie Rentner, Eltern in Erziehungszeiten, Kranke und andere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die über Transferleistungen am durchschnittlichen Lebensstandard beteiligt werden müssen.
3. Den Beschäftigten selber, die bei sicheren Arbeitsplätzen und sicherer Zukunftsperspektive (soziale Absicherung) ihre Kaufzurückhaltung aufgeben würden.

Die Beschaffung der Finanzmittel zur Finanzierung ist möglich:

1. Durch höhere Steuern und Abgaben auf Finanzmittel, die sich nicht im Wirtschaftskreislauf, sondern im Finanzkreislauf befinden, um sie wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückzuholen (z.B. Vermögenssteuer auf große Finanzvermögen).
2. Durch höhere Steuern und Abgaben auf hohe Einkommen und Gewinne, die tendenziell in Vermögen abfließen und nicht nachfragewirksam wirken.
Dies könnte geschehen durch die Einbeziehung aller Einkommen in die Sozialversicherung sowie die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei den Sozialversicherungen bei gleichzeitiger Begrenzung der Höchstleistung bei Rente und Arbeitslosenversicherung.
3. Durch neues Geld für neue Arbeit, das man nicht aus anderen Wirtschaftskreisläufen abziehen darf, sondern das zur Finanzierung neuer zukunftsorientierter Beschäftigungsfelder in Bildung, Qualifikation, Kultur und Umweltschutz zusätzlich in den Wirtschaftskreislauf eingespeist werden muss. Dies könnte über einen Bundesbankkredit an Bund, Länder und Kommunen erfolgen. Die Refinan-

zierung erfolgt über die zusätzlichen Steuern und Abgaben eines vergrößerten Beschäftigungsvolumens und seiner Nachfrageeffekte.

Dieses Umsteuern in der Wirtschafts- Beschäftigungs- und Finanzpolitik bringt

- mehr Arbeitsplätze
- mehr Aufträge und Umsatz
- mehr Beitragszahler bei den Sozialversicherungen
- mehr Einnahmen bei Steuern
- mehr soziale Sicherheit

Das bedeutet: **mehr Wohlstand für alle bei gerechterer Verteilung**

Wir, das Nürnberger Aktionsbündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, fordern diese andere Politik.

Nürnberg, im Juni 2003

Beschlossen beim Treffen des Aktionsbündnisses am 05.06.03

Wer die Erklärung mit unterzeichnen möchte wird gebeten dies

sofort unter Angabe des

Namens und der Funktion oder der Einrichtung/ Organisation

bei der unten stehenden Koordinierungsstelle zu melden.

Koordinierung, Kontakt und Infos bei:
Diözesansekretär Oswald Greim,
Kath. Betriebsseelsorge der Erzdiözese Bamberg
Vordere Sterngasse 1, 90402 Nürnberg,
Tel.: 0911/244 49-482, Fax: 0911/244 49-489
E-mail: oswald.greim@stadtkirche-nuernberg.de

(Vervielfältigung erwünscht)

